10.4.2014

A7-0072/ 001-041

ÄNDERUNGSANTRÄGE 001-041

vom Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Bericht

Frédéric Daerden

A7-0072/2014

Öffentliche Arbeitsverwaltungen

Vorschlag für einen Beschluss (COM(2013)0430 – C7-0177/2013 – 2013/0202(COD))

Änderungsantrag 1

Vorschlag für einen Beschluss

Bezugsvermerk 1

Vorschlag der Kommission

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 149,

Geänderter Text

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf **die Artikel 149 und 14**,

Änderungsantrag 2

Vorschlag für einen Beschluss

Bezugsvermerk 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

unter Hinweis auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, insbesondere auf die Artikel 29 und 36,

Änderungsantrag 3

Vorschlag für einen Beschluss

Erwägung 1

Vorschlag der Kommission

(1) Am 17. Juni 2010 billigte der Europäische Rat¹⁹ den Kommissionsvorschlag für eine Strategie „Europa 2020“ für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum²⁰. Der Europäische Rat sprach sich für eine umfassende Mobilisierung der einschlägigen EU-Instrumente und Politikbereiche aus, um die Verwirklichung gemeinsamer Ziele zu unterstützen, und forderte die Mitgliedstaaten auf, ihr Handeln noch stärker zu koordinieren. Die öffentlichen Arbeitsverwaltungen spielen eine zentrale Rolle für die Verwirklichung des Europa-2020-Ziels, bis 2020 eine Beschäftigungsrate von 75 % der Frauen und Männer zwischen 20 und 64 Jahren zu erreichen.

¹⁹ Dok. EUCO 13/10 vom 17.6.2010.

²⁰ Mitteilung der Kommission „Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“, KOM(2010) 2020 endg. vom 3. März 2010.

Geänderter Text

(1) Am 17. Juni 2010 billigte der Europäische Rat¹⁹ den Kommissionsvorschlag für eine Strategie „Europa 2020“ für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum²⁰. Der Europäische Rat sprach sich für eine umfassende Mobilisierung der einschlägigen EU-Instrumente und Politikbereiche aus, um die Verwirklichung gemeinsamer Ziele zu unterstützen, und forderte die Mitgliedstaaten auf, ihr Handeln noch stärker zu koordinieren. Die öffentlichen Arbeitsverwaltungen spielen eine zentrale Rolle für die Verwirklichung des Europa-2020-Ziels, bis 2020 **insbesondere durch die Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit** eine Beschäftigungsrate von 75 % bei Frauen und Männern zwischen 20 und 64 Jahren zu erreichen.

¹⁹ Dok. EUCO 13/10 vom 17.6.2010.

²⁰ Mitteilung der Kommission „Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“, COM(2010)2020 final vom 3. März 2010.

Änderungsantrag 4

Vorschlag für einen Beschluss Erwägung 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die öffentlichen Arbeitsverwaltungen zählen zu den Diensten von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und fallen als solche unter Artikel 14 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und unter Artikel 36 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Darüber hinaus ist in Artikel 29 der Charta der Grundrechte der

Europäischen Union niedergelegt, dass jede Person das Recht auf Zugang zu einem unentgeltlichen Arbeitsvermittlungsdienst hat.

Änderungsantrag 5

Vorschlag für einen Beschluss

Erwägung 4

Vorschlag der Kommission

(4) Es wäre nützlich, wenn diese Empfehlungen sich auf eine solidere Faktengrundlage, auf Rückmeldungen zum Erfolg der Umsetzung politischer Maßnahmen und die Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen der Mitgliedstaaten stützen könnten. Dazu sollte das mit diesem Beschluss einzurichtende Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen konkrete Initiativen ins Leben rufen, z. B. gemeinsame, evidenzbasierte Benchmarking-Systeme, entsprechende Maßnahmen des wechselseitigen Lernens, gegenseitige Unterstützung der Netzwerk-Mitglieder und Umsetzung strategischer Maßnahmen zur Modernisierung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen. Das Fachwissen des Netzwerks und seiner einzelnen Mitglieder sollte auch genutzt werden, um auf Ersuchen des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ und des **Beschäftigungsausschusses** eine Evidenzbasis für die Entwicklung beschäftigungspolitischer Strategien zu bilden.

Geänderter Text

(4) Es wäre nützlich, wenn diese Empfehlungen sich auf eine solidere Faktengrundlage, auf Rückmeldungen zum Erfolg der Umsetzung politischer Maßnahmen und die Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen der Mitgliedstaaten stützen könnten. Dazu sollte das mit diesem Beschluss einzurichtende Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen konkrete Initiativen ins Leben rufen, z. B. gemeinsame, evidenzbasierte Benchmarking-Systeme, entsprechende Maßnahmen des wechselseitigen Lernens, gegenseitige Unterstützung der Netzwerk-Mitglieder und Umsetzung strategischer Maßnahmen zur Modernisierung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen. Das Fachwissen des Netzwerks und seiner einzelnen Mitglieder sollte auch genutzt werden, um auf Ersuchen des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (**EPSCO**), des **Beschäftigungsausschusses (EMCO)** und des **Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments (EMPL)** eine Evidenzbasis für die Entwicklung beschäftigungspolitischer Strategien zu bilden, **deren Schwerpunkt darauf liegt, die hohe Arbeitslosenquote bei gefährdeten Gruppen und insbesondere bei Jugendlichen zu bekämpfen.**

Änderungsantrag 6

Vorschlag für einen Beschluss Erwägung 5

Vorschlag der Kommission

(5) **Auf ihrer informellen Tagung haben die Minister für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz anerkannt, dass** eine stärkere und gezieltere Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen zu einem intensiveren Austausch vorbildlicher Verfahren führen **würde**, und **haben** um einen ausführlicheren Vorschlag für eine „Benchlearning-Initiative“ ersucht.

Geänderter Text

(5) Eine stärkere und gezieltere Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen **würde** zu einem intensiveren Austausch vorbildlicher Verfahren führen, und **es sollte daher** um einen ausführlicheren Vorschlag für eine „Benchlearning-Initiative“ ersucht **werden**.

Änderungsantrag 7

Vorschlag für einen Beschluss Erwägung 6

Vorschlag der Kommission

(6) Das mit diesem Beschluss eingerichtete Netzwerk sollte gemäß Artikel 150 AEUV eng mit dem Beschäftigungsausschuss zusammenarbeiten und zu dessen Arbeit beitragen, indem es eine Evidenzbasis und Berichte über die Umsetzung politischer Strategien liefert. Dem Rat werden die Beiträge des Netzwerks der öffentlichen Arbeitsverwaltungen durch den Beschäftigungsausschuss zugeleitet. Vor allem das kombinierte Wissen des Netzwerks der öffentlichen Arbeitsverwaltungen um die Durchführung beschäftigungspolitischer Strategien und die vergleichende Analyse der öffentlichen Arbeitsverwaltungen können politischen Entscheidungsträgern auf nationaler und europäischer Ebene zur Bewertung und Gestaltung beschäftigungspolitischer Strategien dienen.

Geänderter Text

(6) Das mit diesem Beschluss eingerichtete Netzwerk sollte gemäß Artikel 150 AEUV eng mit dem Beschäftigungsausschuss zusammenarbeiten – **wobei die Zusammenarbeit insbesondere auf der Ebene der Sekretariate dieser Gremien stattfinden sollte** – und zu dessen Arbeit beitragen, indem es eine Evidenzbasis und Berichte über die Umsetzung politischer Strategien liefert. Dem **Parlament und dem** Rat werden die Beiträge des Netzwerks der öffentlichen Arbeitsverwaltungen durch den Beschäftigungsausschuss **unverändert, gegebenenfalls mit Anmerkungen**, zugeleitet. Vor allem das kombinierte Wissen des Netzwerks der öffentlichen Arbeitsverwaltungen um die Durchführung beschäftigungspolitischer Strategien und die vergleichende Analyse der öffentlichen Arbeitsverwaltungen können politischen Entscheidungsträgern auf nationaler und europäischer Ebene zur Bewertung und Gestaltung beschäftigungspolitischer

Strategien dienen, womit dazu beigetragen wird, dass die länderspezifischen Ziele erreicht werden und die Beschäftigungsquote steigt, indem das Problem unbesetzter Stellen angegangen wird. Der Beschäftigungsausschuss (EMCO) unterrichtet darüber hinaus das Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen regelmäßig über seine Tätigkeiten.

Änderungsantrag 8

Vorschlag für einen Beschluss Erwägung 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6a) Öffentliche Maßnahmen unterteilen sich in eine Konzeptions- und eine Umsetzungsphase. In diesem Rahmen sollten das Europäische Parlament und der Rat in ihrer Funktion als Rechtsetzungsorgane Einblick in beide Phasen haben. Während der Beschäftigungsausschuss (EMCO) für die Konzeptionsphase zuständig ist, sollte sich das Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen auf die Phase der Umsetzung der öffentlichen Maßnahmen im Bereich Beschäftigung konzentrieren. In diesem Zusammenhang ist es von entscheidender Bedeutung, dass der Beschäftigungsausschuss und das Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen Informationen austauschen. Zwar sollte der Beschäftigungsausschuss Anmerkungen zu den Beiträgen des Netzwerks der öffentlichen Arbeitsverwaltungen verfassen, jedoch keine Änderungen vornehmen dürfen. Auch sollte es keinen Mechanismus geben, in dessen Rahmen der Beschäftigungsausschuss die Berichte oder die jährlichen Arbeitsberichte genehmigt. In jedem Fall sollten die Sekretariate der beiden Einrichtungen eng zusammenarbeiten.

Änderungsantrag 9

Vorschlag für einen Beschluss

Erwägung 7

Vorschlag der Kommission

(7) Das Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen sollte zur Umsetzung beschäftigungspolitischer Initiativen wie beispielsweise der Empfehlung des Rates zur Einführung einer Jugendgarantie beitragen. Das Netzwerk kann auch Initiativen zur Erleichterung des Übergangs junger Menschen von der allgemeinen oder beruflichen Bildung ins Erwerbsleben unterstützen, *u. a.* durch die verstärkte Transparenz von Qualifikationen und Kompetenzen.

Geänderter Text

(7) Das Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen sollte zur Umsetzung beschäftigungspolitischer Initiativen wie beispielsweise der Empfehlung des Rates zur Einführung einer Jugendgarantie beitragen. Das Netzwerk ***der öffentlichen Arbeitsverwaltungen sollte bewährte Verfahren festlegen und austauschen, was die Ermittlung von Menschen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren (NEET), angeht sowie die Ausarbeitung von Initiativen, die bewirken, dass diese jungen Menschen die Kompetenzen erwerben, die notwendig sind, um Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten und auch dauerhaft in Arbeit zu stehen. Das Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen*** kann auch Initiativen zur Erleichterung des Übergangs junger Menschen von der allgemeinen oder beruflichen Bildung ins Erwerbsleben, ***zur Beratung Arbeitssuchender zu Praktika und Weiterbildungen sowie zur Förderung von Berufsausbildungen und praxisorientiertem Lernen*** unterstützen, ***und zwar*** durch die verstärkte Transparenz von Qualifikationen und Kompetenzen, ***die den Bedürfnissen und den Anforderungen der Arbeitgeber gerecht werden.***

Änderungsantrag 10

Vorschlag für einen Beschluss

Erwägung 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7a) Das Europäische Parlament hat am 16. Januar 2013 eine Entschließung zu einer Jugendgarantie angenommen, die bei der Ausarbeitung neuer Legislativtexte, die sich auf den Arbeitsmarkt auswirken, berücksichtigt werden sollte.

Änderungsantrag 11

Vorschlag für einen Beschluss

Erwägung 8

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(8) Das Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen sollte die Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern stärken und gemeinsame Initiativen zum Austausch von Informationen und vorbildlichen Verfahren in allen von den öffentlichen Arbeitsverwaltungen abgedeckten Themenfeldern, zur vergleichenden Analyse und zur Beratung sowie zur Förderung innovativer Konzepte für die Erbringung von Arbeitsvermittlungsleistungen entwickeln. Die Einrichtung dieses Netzwerks wird einen inklusiven, evidenzbasierten und leistungsorientierten Vergleich aller öffentlichen Arbeitsverwaltungen ermöglichen, im Zuge dessen vorbildliche Verfahren ermittelt werden können. Die Mitglieder **des Netzwerks** sollten in der Lage sein, anhand der Ergebnisse **des** Vergleichs das Konzept und die Erbringung von Arbeitsvermittlungsleistungen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu gestalten. Die Initiativen des Netzwerks sollten dazu dienen, die Wirksamkeit der öffentlichen Arbeitsverwaltungen zu verbessern und die öffentlichen Mittel effizienter einzusetzen.

(8) Das Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen sollte die Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern stärken und gemeinsame Initiativen zum Austausch von Informationen und vorbildlichen Verfahren in allen von den öffentlichen Arbeitsverwaltungen abgedeckten Themenfeldern, zur vergleichenden Analyse und zur Beratung sowie zur Förderung innovativer Konzepte für die Erbringung von Arbeitsvermittlungsleistungen entwickeln. Die Einrichtung dieses Netzwerks wird einen inklusiven, evidenzbasierten und leistungsorientierten Vergleich aller öffentlichen Arbeitsverwaltungen ermöglichen, im Zuge dessen vorbildliche Verfahren **und Arbeitsstrukturen der Arbeitsverwaltungen in den Mitgliedsstaaten** ermittelt werden können. Die Mitglieder sollten in der Lage sein, anhand der **Berücksichtigung der** Ergebnisse **dieses** Vergleichs das Konzept und die Erbringung von Arbeitsvermittlungsleistungen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu gestalten **und so dafür zu sorgen, dass die Kompetenzen und Qualifikationen der Arbeitssuchenden besser auf den Bedarf der Arbeitgeber**

abgestimmt sind. Die Initiativen des Netzwerks **der öffentlichen Arbeitsverwaltungen** sollten dazu dienen, die Wirksamkeit der öffentlichen Arbeitsverwaltungen zu verbessern und die öffentlichen Mittel effizienter einzusetzen. **Das Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen sollte auch mit anderen Anbietern von Arbeitsvermittlungsdiensten zusammenarbeiten.**

Änderungsantrag 12

Vorschlag für einen Beschluss Erwägung 10

Vorschlag der Kommission

(10) Aufgrund der großen Vielfalt der Geschäftsmodelle, Aufgaben und der Arten der Leistungserbringung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen obliegt es jedem Mitgliedstaat, aus der oberen Führungsebene seiner öffentlichen Arbeitsverwaltungsbehörde ein Mitglied des Vorstandes des Netzwerks der öffentlichen Arbeitsverwaltungen zu benennen. Gegebenenfalls sollte das Mitglied im Vorstand weitere öffentliche Arbeitsverwaltungen des Mitgliedstaats vertreten. Die ernannten Mitglieder sollten in der Lage sein, im Namen der sie entsendenden Organisation Beschlüsse zu fassen. Um die Teilnahme aller öffentlichen Arbeitsverwaltungen am Netzwerk zu gewährleisten, sollten die Aktivitäten allen Formen der Beteiligung offenstehen.

Geänderter Text

(10) Aufgrund der großen Vielfalt der Geschäftsmodelle, Aufgaben und der Arten der Leistungserbringung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen obliegt es jedem Mitgliedstaat, aus der oberen Führungsebene seiner öffentlichen Arbeitsverwaltungsbehörde ein Mitglied **und ein oder mehrere stellvertretende Mitglieder** des Vorstandes des Netzwerks der öffentlichen Arbeitsverwaltungen zu benennen. Gegebenenfalls sollte das Mitglied **bzw. sollten die stellvertretenden Mitglieder** im Vorstand weitere öffentliche Arbeitsverwaltungen des Mitgliedstaats vertreten. Die ernannten Mitglieder sollten in der Lage sein, im Namen der sie entsendenden Organisation Beschlüsse zu fassen. Um die Teilnahme aller öffentlichen Arbeitsverwaltungen am Netzwerk **der öffentlichen Arbeitsverwaltungen** zu gewährleisten, sollten die Aktivitäten allen Formen der Beteiligung offenstehen.

Änderungsantrag 13

Vorschlag für einen Beschluss Erwägung 10 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(10a) Damit die gemeinsamen Aufgaben der öffentlichen Arbeitsverwaltungen so weit wie möglich der Realität auf dem Arbeitsmarkt entsprechen, wäre es angezeigt, dass Eurostat die Arbeitslosenzahlen auf NUTS-3-Ebene in Echtzeit erhält.

Änderungsantrag 14

**Vorschlag für einen Beschluss
Artikel 1 – Überschrift**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Einrichtung

Gegenstand

Änderungsantrag 15

**Vorschlag für einen Beschluss
Artikel 1 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Es wird ein EU-weites Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen („Netzwerk“) für den Zeitraum vom **1. Januar 2014** bis zum 31. Dezember 2020 eingerichtet. Das Netzwerk wird Initiativen gemäß Artikel 3 ausführen.

Es wird ein EU-weites Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen („Netzwerk“) für den Zeitraum vom **ersten Tag nach der Veröffentlichung dieses Beschlusses im Amtsblatt der Europäischen Union** bis zum 31. Dezember 2020 eingerichtet. Das Netzwerk wird Initiativen gemäß Artikel 3 ausführen.

Änderungsantrag 16

**Vorschlag für einen Beschluss
Artikel 1 – Absätze 2 und 3**

Vorschlag der Kommission

(a) die von den Mitgliedstaaten benannten öffentlichen Arbeitsverwaltungen und

(b) die Kommission.

Mitgliedstaaten mit autonomen regionalen Arbeitsverwaltungen sorgen für eine angemessene Vertretung bei den einzelnen Initiativen des Netzwerks.

Geänderter Text

(a) die von den **einzelnen** Mitgliedstaaten benannten öffentlichen Arbeitsverwaltungen und

(b) die Kommission.

Mitgliedstaaten mit autonomen **lokalen oder** regionalen Arbeitsverwaltungen sorgen für eine angemessene Vertretung **dieser lokalen oder regionalen Arbeitsverwaltungen** bei den einzelnen Initiativen des Netzwerks **und benennen die einschlägige Behörde, die für die Einrichtung und Verwaltung der öffentlichen Arbeitsverwaltung zuständig ist. Kann aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht nur eine Behörde benannt werden, benennen die Mitgliedstaaten die einschlägigen Behörden. Jeder Mitgliedsstaat erhält ungeachtet der Anzahl der benannten lokalen oder regionalen Arbeitsverwaltungen in dem Netzwerk eine Stimme. Die Vertreter der nationalen öffentlichen Arbeitsverwaltungen müssen alle Anstrengungen unternehmen, damit die Auffassungen und Erfahrungen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei den Tätigkeiten des Netzwerks berücksichtigt und diese Gebietskörperschaften über die Tätigkeiten des Netzwerks unterrichtet werden.**

Änderungsantrag 17

**Vorschlag für einen Beschluss
Artikel 1 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 1a

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Beschlusses bezeichnet der Begriff „Benchlearning“ die Schaffung einer systematischen, integrierten Verbindung zwischen den

Benchmarking-Aktivitäten und den Aktivitäten in Bezug auf wechselseitiges Lernen, d. h. die Ermittlung guter Leistungen in den Kerntätigkeitsbereichen im Rahmen eines Vergleichs auf der Grundlage von Indikatoren, der Ermittlung bewährter Verfahren und des Austauschs von Erfahrungen und bewährter Verfahren im Rahmen des Lernprozesses;

Änderungsantrag 18

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

(a) Umsetzung der Strategie Europa 2020 für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum und ihrer Kernziele, insbesondere der Beschäftigungsziele;

Geänderter Text

(a) Umsetzung der ***einschlägigen Maßnahmen der Union, darunter der*** Strategie Europa 2020 für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum und ihrer Kernziele, insbesondere der Beschäftigungsziele, ***beispielsweise durch eine verstärkte Zusammenarbeit bei einzelnen Initiativen zur Modernisierung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen;***

Änderungsantrag 19

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

(aa) Unterstützung der am stärksten gefährdeten Gruppen der Gesellschaft mit hoher Arbeitslosigkeit, insbesondere älterer Arbeitnehmer und junger Menschen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren, durch die Überwachung und Unterstützung der Umsetzung von Initiativen wie

beispielsweise der Jugendgarantie;

Änderungsantrag 20

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe a b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(ab). Förderung menschenwürdiger und dauerhafter Arbeitsplätze;

Änderungsantrag 21

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(b) Verbesserung der Funktionsweise der Arbeitsmärkte in der EU;

(b) Verbesserung der Funktionsweise der Arbeitsmärkte in der ***Union durch einen Vergleich der Leistung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen anhand geeigneter Benchmarks;***

Änderungsantrag 22

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(ba) Abstimmung der Fähigkeiten auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber;

Änderungsantrag 23

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(c) verstärkten Integration der

(c) ***Ermittlung bewährter Verfahren und***

Arbeitsmärkte;

verstärkten Integration der Arbeitsmärkte;

Änderungsantrag 24

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

(d) Verbesserung der geografischen und beruflichen Mobilität;

Geänderter Text

(d) Verbesserung der **freiwilligen** geografischen und beruflichen Mobilität **ohne Sozialdumping und unter Einhaltung der einschlägigen Unionsrechtsvorschriften**;

Änderungsantrag 25

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe e a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(ea) Verstärkung des Engagements der Mitgliedstaaten in Bezug auf das Benchlearning im Hinblick auf die bessere Umsetzung erfolgreicher bewährter Verfahren;

Änderungsantrag 26

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe e b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(eb) Ermittlung von Kompetenzlücken und Information über ihr Ausmaß und darüber, wo sie auftreten;

Änderungsantrag 27

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe e c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(ec) Unterstützung der Evaluierung und Begutachtung, um kurzfristig notwendige arbeitsmarktpolitische Initiativen einzuleiten;

Änderungsantrag 28

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 3 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(a) Entwicklung und Umsetzung europaweiter evidenzbasierter **Benchmarking-Systeme** in den öffentlichen Arbeitsverwaltungen, die auf der Verwendung quantitativer und qualitativer Indikatoren zur Bewertung der Leistungen öffentlicher Arbeitsverwaltungen beruhen, und Sammlung von Daten zur Schaffung eines geeigneten Instruments für wechselseitiges Lernen. Ferner beteiligt sich das Netzwerk aktiv an der Umsetzung dieser Maßnahmen, indem es Daten, Wissen und Verfahren austauscht.

(a) Entwicklung und Umsetzung europaweiter evidenzbasierter **Benchlearning-Systeme** in den öffentlichen Arbeitsverwaltungen, die auf der Verwendung quantitativer und qualitativer Indikatoren zur Bewertung der Leistungen öffentlicher Arbeitsverwaltungen beruhen, und Sammlung von Daten **aus allen Mitgliedstaaten** zur Schaffung eines geeigneten Instruments für wechselseitiges Lernen. Ferner beteiligt sich das Netzwerk aktiv an der Umsetzung dieser Maßnahmen, indem es Daten, Wissen und **bewährte** Verfahren austauscht. **Das Ziel besteht keinesfalls darin, eine Rangordnung der Leistung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen aufzustellen, sondern darin, das Lernen auf der Grundlage gemeinsamer Methoden zu fördern.**

(Die Ersetzung von „Benchmarking“ durch „Benchlearning“ in diesem Änderungsantrag betrifft den gesamten Text.)

Änderungsantrag 29

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 3 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

(c) Annahme und Umsetzung eines Konzepts zur Modernisierung und Stärkung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen in Schlüsselbereichen.

Geänderter Text

(c) Annahme und Umsetzung eines Konzepts zur Modernisierung und Stärkung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen in Schlüsselbereichen ***im Einklang mit den weiterreichenden gesellschaftlichen Zielen, indem das wechselseitige Lernen gefördert wird und die Dienstleistungskapazität und -effizienz verbessert werden.***

Änderungsantrag 30

**Vorschlag für einen Beschluss
Artikel 3 – Absatz 1 – Buchstabe d**

Vorschlag der Kommission

(d) Verfassen von Berichten im Bereich der Beschäftigung, auf Ersuchen des Rates ***oder*** der Kommission oder auf eigene Initiative.

Geänderter Text

(d) Verfassen von Berichten im Bereich der Beschäftigung, auf Ersuchen des Rates, der Kommission oder ***des Europäischen Parlaments oder*** auf eigene Initiative.

Änderungsantrag 31

**Vorschlag für einen Beschluss
Artikel 3 – Absatz 1 – Buchstabe e**

Vorschlag der Kommission

(e) Beitrag zur Umsetzung beschäftigungspolitischer Initiativen.

Geänderter Text

(e) Beitrag zur Umsetzung ***beschäftigungs- und sozialpolitischer*** Initiativen.

Änderungsantrag 32

**Vorschlag für einen Beschluss
Artikel 3 – Absatz 1 – Buchstabe f a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(fa) Festlegung und Austausch bewährter Verfahren in Bezug auf die Ermittlung

von Menschen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren, und auf die Ausarbeitung von Initiativen, die bewirken, dass diese jungen Menschen die Kompetenzen erwerben, die notwendig sind, um Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten und auch dauerhaft in Arbeit zu bleiben.

Änderungsantrag 33

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 3 – Absatz 1 – Buchstabe f b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(fb) Bewertung der Auswirkungen der Umsetzung der Rechtsvorschriften über die Arbeitnehmermobilität in der EU auf die Arbeitsmärkte der Mitgliedstaaten.

Änderungsantrag 34

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 3 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

2. Das Netzwerk schafft im Zusammenhang mit **den** Initiativen **3.1.a und 3.1.b** einen Berichterstattungsmechanismus, gemäß dem die Mitglieder des Netzwerks dem Netzwerk jährlich Bericht erstatten.

2. Das Netzwerk schafft im Zusammenhang mit **allen in Absatz 1 genannten** Initiativen einen Berichterstattungsmechanismus, gemäß dem die Mitglieder des Netzwerks dem Netzwerk jährlich Bericht erstatten.

Änderungsantrag 35

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 4 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

1. Das Netzwerk arbeitet mit Interessenträgern des Arbeitsmarkts

1. Das Netzwerk arbeitet – **ausschließlich auf eigene Initiative** – mit

zusammen, auch mit anderen Anbietern von Arbeitsvermittlungsdiensten, indem es sie in relevante Aktivitäten und Sitzungen des Netzwerks einbindet und Informationen und Daten mit ihnen austauscht.

Interessenträgern des Arbeitsmarkts zusammen, auch mit anderen Anbietern von Arbeitsvermittlungsdiensten, **darunter gegebenenfalls die Sozialpartner, Organisationen, die arbeitslose Personen oder gefährdete Gruppen vertreten, im Bereich Beschäftigung tätige nichtstaatliche Organisationen, regionale und lokale Behörden, das Europäische Netzwerk für eine Politik der lebensbegleitenden Beratung (ELGPN), private Arbeitsvermittlungsdienste und einzelstaatliche Arbeitsaufsichtsstellen**, indem es sie in relevante Aktivitäten und Sitzungen des Netzwerks einbindet und Informationen und Daten mit ihnen austauscht.

Änderungsantrag 36

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 5 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Das Netzwerk wird von einem Vorstand geleitet, für den jeder Mitgliedstaat ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied aus der oberen Führungsebene seiner öffentlichen Arbeitsverwaltung benennt. Die Kommission ernennt ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied des Vorstands. Die stellvertretenden Mitglieder vertreten erforderlichenfalls die Mitglieder des Vorstands.

Geänderter Text

(1) Das Netzwerk wird von einem Vorstand geleitet, für den jeder Mitgliedstaat ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied aus der oberen Führungsebene seiner öffentlichen Arbeitsverwaltung benennt, **wobei die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften gemäß Artikel 1 Absatz 3 gewahrt und dem Grad der Zentralisierung der Zuständigkeiten im Bereich der Beschäftigungspolitik in dem betreffenden Mitgliedstaat Rechnung getragen wird**. Die Kommission ernennt ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied des Vorstands. Die stellvertretenden Mitglieder vertreten **oder begleiten** erforderlichenfalls die Mitglieder des Vorstands, **erhalten jedoch keine zusätzlichen Stimmrechte**.

Änderungsantrag 37

Vorschlag für einen Beschluss

Artikel 5 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

3. Der Vorstand gibt sich mit einstimmigem Beschluss eine Geschäftsordnung, in der u. a. die Beschlussfassungsmechanismen des Vorstands sowie die Ernennung und die Amtsdauer des/der Vorsitzenden und der zwei Vizevorsitzenden des Vorstands geregelt sind. Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit das jährliche Arbeitsprogramm, das u. a. die Einrichtung von Arbeitsgruppen und die Sprachregelung bei Netzwerksitzungen sowie **den Jahresbericht** des Netzwerks **umfasst, der veröffentlicht werden sollte.**

Geänderter Text

3. Der Vorstand gibt sich mit einstimmigem Beschluss eine Geschäftsordnung, in der u. a. die Beschlussfassungsmechanismen des Vorstands sowie die Ernennung und die Amtsdauer des/der Vorsitzenden und der zwei Vizevorsitzenden des Vorstands geregelt sind. Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit das jährliche Arbeitsprogramm, das u. a. die **Bestimmungen über die** Einrichtung von Arbeitsgruppen und die Sprachregelung bei Netzwerksitzungen sowie **Bestimmungen über die Übermittlung des Jahresberichts** des Netzwerks **enthält. Dieser Bericht wird dem Rat übermittelt und dem Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments zur Bewertung vorgelegt, und er wird veröffentlicht.**

Änderungsantrag 38

Vorschlag für einen Beschluss

Artikel 6 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Die Gesamtmittel für die Durchführung dieses Beschlusses werden im Rahmen des Programms für **sozialen Wandel** und soziale Innovation zugewiesen, dessen jährliche Mittelzuweisungen von der Haushaltsbehörde in den Grenzen des Finanzrahmens bewilligt werden.

Geänderter Text

Die Gesamtmittel für die Durchführung dieses Beschlusses werden im Rahmen des Programms für **Beschäftigung** und soziale Innovation zugewiesen, dessen jährliche Mittelzuweisungen von der Haushaltsbehörde in den Grenzen des Finanzrahmens bewilligt werden.

(Diese Änderung betrifft den gesamten Text.)

Änderungsantrag 39

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 7

Vorschlag der Kommission

Annahme eines **allgemeinen** Rahmens

Die Kommission wird ermächtigt, gemäß Artikel 8 delegierte Rechtsakte zu erlassen, die einen **allgemeinen** Rahmen für die Durchführung des **Benchmarking** und der Maßnahmen des wechselseitigen Lernens gemäß Artikel 3 Absatz 1 betreffen, u. a. die Methodik, die grundlegenden quantitativen und qualitativen Indikatoren zur Bewertung der Leistung öffentlicher Arbeitsverwaltungen, die Lerninstrumente des integrierten Programms für wechselseitiges Lernen und die Bedingungen für die Teilnahme an diesen Initiativen.

Geänderter Text

Annahme eines **technischen** Rahmens

Die Kommission wird ermächtigt, gemäß Artikel 8 delegierte Rechtsakte zu erlassen, die einen **technischen** Rahmen für die Durchführung des **Benchlearning** und der Maßnahmen des wechselseitigen Lernens gemäß Artikel 3 Absatz 1 betreffen, u. a. die Methodik, die grundlegenden quantitativen und qualitativen Indikatoren zur Bewertung der Leistung öffentlicher Arbeitsverwaltungen, die Lerninstrumente des integrierten Programms für wechselseitiges Lernen und die Bedingungen für die Teilnahme an diesen Initiativen. **Für die Durchführung der restlichen Initiativen gemäß Artikel 3 Absatz 1 ist das Netzwerk zuständig.**

(Die Ersetzung von „allgemein“ durch „technisch“ in diesem Änderungsantrag betrifft den gesamten Text.)

Änderungsantrag 40

Vorschlag für einen Beschluss Artikel 8 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

5. Ein gemäß Artikel 7 erlassener delegierter Rechtsakt tritt nur in Kraft, wenn innerhalb von **zwei** Monaten nach dem Datum seiner Übermittlung weder das Europäische Parlament noch der Rat Einwände gegen den delegierten Rechtsakt erhoben haben oder wenn sowohl das Europäische Parlament als auch der Rat der Kommission vor Ablauf dieser Frist mitteilen, dass sie keine Einwände erheben werden. Diese Frist wird auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates um **zwei** Monate verlängert.

Geänderter Text

5. Ein gemäß Artikel 7 erlassener delegierter Rechtsakt tritt nur in Kraft, wenn innerhalb von **drei** Monaten nach dem Datum seiner Übermittlung weder das Europäische Parlament noch der Rat Einwände gegen den delegierten Rechtsakt erhoben haben oder wenn sowohl das Europäische Parlament als auch der Rat der Kommission vor Ablauf dieser Frist mitteilen, dass sie keine Einwände erheben werden. Diese Frist wird auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates um **drei** Monate verlängert.

Änderungsantrag 41

Vorschlag für einen Beschluss

Artikel 9

Vorschlag der Kommission

Vier Jahre nach dem Inkrafttreten des Beschlusses legt die Kommission dem Europäischen Parlament, dem Rat, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen einen Bericht über die Anwendung dieses Beschlusses vor. Der Bericht geht insbesondere darauf ein, inwiefern das Netzwerk zum Erreichen der in Artikel 2 beschriebenen Ziele beigetragen hat und ob es seine Aufgaben erfüllt hat.

Geänderter Text

Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Beschlusses legt die Kommission dem Europäischen Parlament, dem Rat, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen einen Bericht über die Anwendung dieses Beschlusses vor. Der Bericht geht insbesondere darauf ein, inwiefern das Netzwerk zum Erreichen der in Artikel 2 beschriebenen Ziele beigetragen hat und ob es seine Aufgaben erfüllt hat. ***Die Kommission legt, falls notwendig, einen Vorschlag zur Änderung dieses Beschlusses vor.***